
ABSCHLUSSKUNDGEBUNG DEMO GELNHAUSEN AM 05.09.2013

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir bedanken uns zunächst im Namen der Bürgerinitiative „Gegenwind Flörsbachtal“ und aller anderen teilnehmenden Bürgerinitiativen aus dem Main-Kinzig Kreis und dem bayerischen Spessart recht herzlich, dass Ihr Euch heute Zeit genommen habt, um für unsere Ziele gemeinsam mit uns auf die Straße zu gehen. Soweit mir bekannt ist, sind heute Bürgerinitiativen vertreten aus Bad Soden-Salmünster, Bad Orb, Biebergemünd, Linsengericht, Sinntal, Ramholz und von der Birkenhainer

Petrus hat uns heute für unser Vorhaben mit allerbestem Wetter versorgt und das werten wir als durchaus gutes Omen für unser Vorhaben.

Wir hatten sowohl unseren Landrat Pipa, als auch den Geschäftsführer der Naturenergie Herrn Habekost zu unserer Kundgebung eingeladen. Beide konnten aufgrund anderer terminlicher Verpflichtungen jedoch nicht teilnehmen. Einen Fragekatalog hatten wir extra für den heutigen Tag vorbereitet, den wir jetzt in schriftlicher Form einreichen werden.

Warum sind wir hier?

Anfang 2012 Jahres wurde von Frau Prof. Klärle hier im Main-Kinzig Forum die Windpotentialkarte für den Main Kinzig Kreis vorgestellt. Von 350 Windkraftanlagen mit 200 m Höhe war die Rede. Wer jetzt gedacht hatte, ein Projekt in dieser Größenordnung würde sorgfältig geplant werden, wurde eines besseren belehrt. Ohne Rücksicht auf ihre Nachbarn kam es stattdessen unter dem Deckmantel der Energiewende zu einem regelrechten Planungsboom in den Gemeinden und unter den Windkraftprojektierern. In einer Art Goldgräberstimmung versuchen diese nun ihre klammen Gemeindekassen aufzubessern bzw. hohe Subventionen einzustreichen. Windkraftanlagen werden ganz weit weg von den eigenen Ortsteilen auf der Gemarkungsgrenze aber ganz nah zur Nachbargemeinde geplant.

Nicht nur das durch den Bau unzähliger Windkraftanlagen der Spessart verschandelt und Deutschlands größtes Mischwaldgebiet ruiniert wird. Nein! am Ende müssen die dort lebenden Mitbürger die Zeche doppelt zahlen..über die ins Unermesslich gehenden Strompreise und über den Wertverlust Ihrer Immobilien.

Das darf so nicht sein.

Wir fordern:

1. Eine offene und ehrliche Informationspolitik der Kommunen, der Kreisverwaltung und des Landes. - Bis heute ist eine

Gesamtplanung über die Gemarkungs- bzw. Landesgrenzen weder erkennbar noch kommuniziert worden. Einem Mitbürger zum Beispiel im Flörsbachtal interessiert es sehr wohl, was an der bayrischen Landesgrenze geplant ist und er hat ein Recht darauf dies zu erfahren. Eine Informations-Salamitaktik werden wir zukünftig nicht mehr akzeptieren.

2. Eine Konzentration auf wirtschaftlich sinnvolle und für Mensch und Natur erträgliche Standorte.
 3. Keine Planung von Windkraft-Projekten nach §35 BauGB als privilegiertes Bauen ohne Öffentlichkeitsbeteiligung
 4. Zurückstellung aller Windkraft-Projekte im Main Kinzig Kreis bis ein gemeindeübergreifender und mit betroffenen Bürgern abgestimmter Flächennutzungsplan für den Kreis vorliegt.
 5. Beim Bau von Windkraftanlagen mit 200 m Höhe muss zum Schutz der Anwohner ein Mindestabstand von 2000 m zu allen Häusern eingehalten werden.
 6. Vor Beginn jeglicher Rodungsarbeiten muss eine Windmessung über den Zeitraum eines Jahres erfolgen. Diese Messung muss von einem unabhängigen Gutachter durchgeführt werden. Die Bürger müssen die Möglichkeit haben Zwischenergebnisse kontinuierlich einsehen zu können.
- Es kann doch nicht sein, dass die Dollarzeichen in den Augen vieler Bürgermeister und auch der Oberen des Main-Kinzig-Kreises das einzige wirkliche Argument sind Windkraftanlagen im „Hau Ruck“ Verfahren zu bauen. Selbst unser Umweltminister Altmeier spricht inzwischen von einer erheblichen Überkapazität bei der Planung von Windkraftanlagen.
 - Es kann doch nicht sein, dass bei offiziellen Bürgerversammlungen in den Gemeinden nur die Vorteile dargestellt werden und Gesundheitsgefahren durch Schattenwurf, Lärm und Infraschall als Spinnereien abgetan werden.
 - Es kann doch nicht sein, dass der Main-Kinzig Kreis vertreten von Landrat Pipa, der sich ansonsten um wirklich alles kümmert, sich hier aus der politischen und moralischen – ich sage nicht juristischen – Verantwortung stiehlt und den Kommunen als vermeintlich unbeteiligter Dritter bei ihren Wildwestspielchen zusieht.
 - Die Energiewende in ihrer planlosen aktivistischen Form ist eine ökologisch-ökonomische Katastrophe Es kann nicht sein, dass wir unser Land auf Basis eines nicht ausgereiften technischen Konzeptes. verspargeln (23.000 WAK in Betrieb, 60.000 geplant)

- Mit der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen deren Leistungsbeiträge zunehmend von Kohlekraftwerken übernommen werden, weil die „Erneuerbaren“ dazu schlicht und ergreifend außerstande sind. Wenn der Wind im Winter wochenlang schwächelt und die Sonne in Südafrika urlaubt, muss hierzulande der gesamte konventionelle Kraftwerkspark volle Schichten fahren, da es auch in absehbarer Zeit keine Möglichkeiten geben wird die von den Windkraftwerken erzeugte Energie adäquat zu speichern.
- Alleine 2012 mussten wir nach Angaben des statistischen Bundesamtes Ökostrom für 3Mrd Euro verkaufen, der unserer Volkswirtschaft 20 Mrd. gekostet hat. Die deutschen Bürger haben in 2012 insgesamt EEG Zahlungen in Höhe von 17,3 Mrd. geleistet. Die aufaddierten Gesamtverpflichtungen an die Betreiber von EEG-Anlagen dürften bei ungebrochenem Trendverlauf bis 2020 auf rund 670 Mrd. € ansteigen
- Die Kommunen nutzen die Windkraft nur um Ihre Kassen zu sanieren. Das hat mit einer effektiven Umsetzung der Energiewende nicht zu tun.

Deshalb fordern wir alle Beteiligten in den Gemeinden, Städte und Kreisparlamenten auf, den Ausbau der Windkraft nicht nur aus finanzieller Sicht zu betrachten, sondern auch auf die Vorschläge und Kritik von uns Bürgern einzugehen. Nur so können wir gemeinsam Kollateralschäden durch kurzfristigen Aktionismus vermeiden.

Am 22.09. findet die Wahl des 18. deutschen Bundestages statt. Wir bitten jeden Mitbürger das Programm seiner Partei auch im Hinblick auf die Energiewende eingehend zu prüfen und das Ergebnis in seine Wahlentscheidung mit einzubeziehen. Wie man aus der Presse der letzten Wochen und Tage entnehmen konnte, sehen einige Parteien bereits jetzt die Entwicklung der Energiewende als überhastet und überaus problematisch und wollen nach der Wahl nachbessern.

Zum Schluss möchten wir uns nochmals bei Ihnen für Ihre Teilnahme bedanken und wünschen Ihnen einen guten Heimweg. Zusätzlich möchten wir uns noch bei der Polizei und der Stadt Gelnhausen für die Unterstützung und die Pressevertreter für Ihr Erscheinen bedanken.

Die Demo ist hiermit beendet.